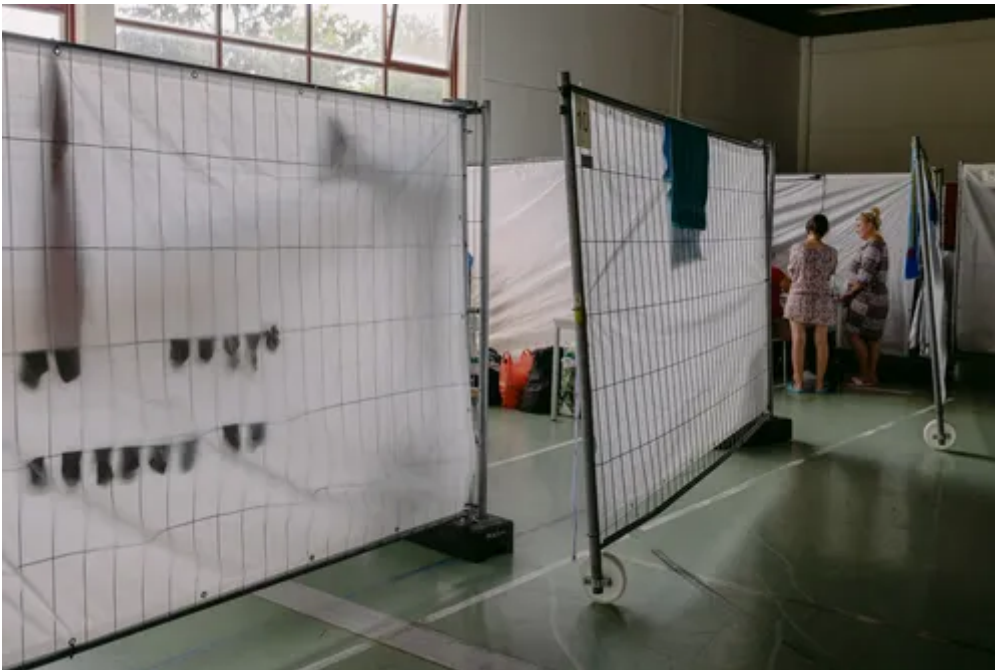


Asylpolitik in Deutschland

"In anderen Ländern ist auch Krieg"



Geflüchtete sind nicht gleich Geflüchtete: Zwei Frauen aus der Ukraine in einem Erstaufnahmelager. © Stefan Puchner/dpa

Migrationsberaterin Marlene Sachse hilft Menschen bei der Ankunft in Deutschland. Doch vor dem Asylgesetz sind nicht alle gleich – vor allem nicht seit dem Ukrainekrieg. Eine Reportage von Helena Weise, Berlin

11. OKTOBER 2022, 17:51 UHR

Wie gut es den Menschen an Marlene Sachses Beratungstisch gelingt, in Deutschland anzukommen, erkennt man an den Sätzen, mit denen die Migrationsberaterin auf die Fragen ihrer Klienten antwortet. "Bevor man nichts macht, kann man es wenigstens noch einmal versuchen", sagt sie zu den einen. Oder: "Mehr als wieder die Antwort 'Frau Sachse, wir machen das nicht!' zu hören, kann ja nicht passieren." Ein Indiz, dass sie auch nach Jahren des Hin und Hers mit den Behörden nicht weiterkommt. Bei anderen ist das Problem kleiner und die Chance, es zu lösen, größer. Dann sagt sie: "Das ist doch schonmal ein Anfang." Sätze, die in letzter Zeit häufiger fallen, seit Menschen aus der Ukraine vor ihr sitzen.

Die 35-Jährige mit hastig gebundenem Pferdeschwanz blättert durch einen Stapel Papiere auf ihrem Beratungstisch. Ihr gegenüber sitzen an diesem Vormittag Hamda und Moussa, ein junges Ehepaar aus [Somalia](#), das seit eineinhalb Jahren zu ihr in die Sprechstunde kommt. Im Anschluss hat sie einen Termin mit Hanna, einer Ukrainerin, die im März mit ihrem Sohn nach Deutschland geflohen ist. Zwei Beratungsgespräche, zwei Geflüchteten-Generationen, zwei Asylsysteme – und eine Beraterin, die ihren Klienten nur soweit bei der Integration helfen kann, wie es das Recht zulässt.

"Du bist aber groß geworden", sagt Sachse und lächelt das Baby an, das auf Hamdas Schoß strampelt. "Sie ist jetzt fast eins", sagt Moussa und schnallt sich die Babytrage ab. "Und hat sie auch schon einen Kitaplatz?", fragt Sachse. Die Eltern verneinen. "Wir hatten eigentlich einen Platz ab September, aber die Kita hat wieder abgesagt." "Das ist doch nicht deren Ernst", sagt Sachse. Kopfschütteln auf der einen, Schulterzucken auf der anderen Seite des Tisches.



MARLENE SACHSE

arbeitet als Migrationsberaterin beim Paul Gerhardt Stift in Berlin. Sie berät Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Ländern.

Seit 2019 berät Sachse im Zukunftshaus des Paul Gerhard Stifts in Berlin Menschen, die in Deutschland bleiben wollen, aber nicht wissen, wie. Sie vermittelt Integrationskurse und Kinderbetreuung, schreibt Briefe an die Ämter oder gibt Tipps zur Wohnungs- und Jobsuche. Vorher beriet sie Asylsuchende in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Deutschen Roten Kreuzes. Ihren Job dort begann sie 2015, das Jahr, in dem mehr Geflüchtete in Deutschland

[Asyl](#) beantragten als jemals zuvor. Schnell merkte sie: So wichtig die Ankunft in einem fremden Land auch ist – sie wollte die Menschen bei dem Prozess begleiten, der danach kommt, der Integration.

In der Ecke ihres Büros steht ein Aktenschrank – für jedes Jahr eine Schublade, für jeden Ratsuchenden eine Akte. In der Schublade für dieses Jahr reihen sich 213 Akten hintereinander ein, manche nur wenige Blätter dünn, andere fingerdick. Protokolle eines Asyl- und Aufenthaltsrechts, das unterschiedliche Geschwindigkeiten kennt.

Wie schnell eine geflüchtete Person in Deutschland einen Aufenthaltstitel bekommt, hängt von vielen Faktoren ab: aus welchem Land die Person geflohen ist und warum; welche Papiere sie dabei hat und ob die deutschen Behörden ihr eine Bleibeperspektive zusprechen oder nicht. Seit diesem Frühjahr ist ein weiterer Faktor hinzugekommen, der den Prozess für einige nicht nur beschleunigt, sondern überflüssig macht: die ukrainische Staatsangehörigkeit.

Am 4. März 2022 beschloss der Rat der Europäischen Union, eine Richtlinie zu aktivieren, die zwar seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien 2001 existiert, bisher aber noch nie angewendet wurde. Die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie gewährt ukrainischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern temporären Schutz in allen EU-Ländern. In

Deutschland haben die Geflüchteten damit zunächst einen Aufenthaltstitel für ein Jahr, maximal verlängerbar auf drei Jahre. Ein schneller und unbürokratischer Mechanismus, der den Vertriebenen die Ankunft erleichtern soll.

Hamdas und Moussas Weg zu einem Aufenthaltstitel in Deutschland war und ist noch immer ein anderer. Ihre Akte in Sachsen Schrank gehört zu den dickeren. Die beiden sind getrennt voneinander aus Somalia geflohen, vor dem Bürgerkrieg, der Armut und der Zwangsehe mit einem Cousin, die Hamda drohte. Der damals 17-jährige Moussa floh als Erstes: 2011 machte er sich auf den Weg nach Deutschland, über Äthiopien, Sudan, Ägypten, Libyen und schließlich über das Mittelmeer bis nach Italien, wo ihn EU-Behörden erstmalig registrierten. Drei Jahre lang war er auf der Flucht, bevor er in Deutschland ankam. 2017 erreichte auch Hamda Berlin. Sie trafen sich in der Erstaufnahmeeinrichtung wieder, später zogen sie in eine Gemeinschaftsunterkunft. Beide beantragten kurz nach ihrer Ankunft Asyl – und warteten.

Zum Thema

Deutsche Asylpolitik **Herr Nuri muss raus**

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-04/asylpolitik-deutschland-gefluechtete-ukraine-afghanistan>]

Hamda wartete eineinhalb Jahre, bevor das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ihr Asyl gewährte. Moussa wartet bis heute. Sein Antrag wurde 2017 abgelehnt: Nach der Dublin-Regelung, so die Behörden, hätte er in Italien bleiben müssen. Denn die EU-Regelung sieht vor, dass derjenige Mitgliedstaat, den eine flüchtende Person zuerst betritt, auch für ihr Asylverfahren zuständig ist. Seitdem steckt Moussa im Klageverfahren. Zum Beratungsgespräch bei Marlene Sachse kommt er diesmal mit Neuigkeiten: "Mein Anwalt hat gesagt, im November habe ich einen Termin zur Anhörung, warum ich nicht in Italien geblieben bin", erzählt er.

Sachse staunt über den baldigen Termin: "Ah, okay! Beim Verwaltungsgericht?"

"Ja. Bis dahin brauche ich die Vaterschaftsanerkennung. Hier auf dem Papier steht nur Hamda."

Dass Menschen aus Somalia jahrelang auf ihren Aufenthaltstitel warteten, sei völlig normal, erklärt Sachse später. Das größte Problem: Die somalischen Papiere, sofern vorhanden, würden in Deutschland nicht anerkannt. Und auch ihre Ehe, die noch in Somalia nach islamischem Recht geschlossen wurde, erkennt das deutsche Recht nicht an. Ohne Identitätsnachweis aber kann Moussa nicht als Vater seiner Kinder eingetragen werden. Der fünf Jahre alte Sohn und die fast ein Jahr alte Tochter haben noch immer keine Geburtsurkunde. "Das Standesamt verweist zum Amtsgericht und umgekehrt", sagt Sachse. "Millionen Papiere und jeder sagt was anderes. So versuchen sie jetzt seit 2018, Moussa als Vater im Registerauszug eintragen zu lassen."

Sachse kopiert Unterlagen und schreibt eine To-do-Liste, welche Stellen sie noch einmal anschreiben muss. Für heute scheint alles geklärt, dann aber sagt Moussa: "Das Bamf hat gesagt, ich kann keinen Integrationskurs machen." Ungläubig reißt die Beraterin die Augen auf. "Warum nicht?", fragt sie. "Du hast eine gute Bleibeperspektive und deine Familie lebt hier. Hast du den Brief noch?"

"Die Sprachschule hat das für mich beantragt", antwortet Moussa.

"Du hast Anspruch auf den Kurs. Wann hat die Schule den Antrag gestellt?"

"Im März."

"Dann können wir Widerspruch einlegen. Gib mir mal die Mail, dann frag ich nach."

Sachse notiert die E-Mail-Adresse und seufzt. "Dann lernt halt keiner Deutsch, warum auch", murmelt sie.

Seit Frühjahr 2021 haben Menschen aus Somalia wieder eine gute Bleibeperspektive, das bedeutet, mindestens 50 Prozent der Schutzsuchenden erhalten Asyl. Für Moussa bedeutet das zum Beispiel, dass er die Migrationsberatung im Zukunftshaus wahrnehmen kann – auch, wenn er noch keinen Aufenthaltstitel hat. Für die Wohnung, in die er und seine Familie letztes Jahr von der Gemeinschaftsunterkunft gezogen sind, waren sie allerdings auf den Wohnungsberechtigungsschein angewiesen, den Hamda als anerkannte Geflüchtete ausgestellt bekommen hat. Während das Bamf ihm die Integrationskurse verweigert, hat seine Frau bereits Kurse besucht – sie will ihren Schulabschluss nachholen und eine Ausbildung zur Zahnarthelferin machen. Moussa arbeitet in der Automobilproduktion, immerhin das darf er, zumindest nach Genehmigung der Ausländerbehörde und Ablauf der dreimonatigen Sperrfrist.

"Deutschland ist schwer zu verstehen", sagt Moussa. "Ich bin seit acht Jahren hier und habe immer noch keine Papiere. Ich muss doch wissen, ob ich hier bleiben kann oder nicht."

Zwischen den Beratungsgesprächen hat Sachse kaum Zeit für Pausen. Das Spielzeug, das Hamdas und Moussas Kinder ausgepackt haben, kann direkt liegen bleiben, denn auch Hanna bringt ihren Sohn mit, der sofort beginnt, mit einer Holzisenbahn zu spielen. "Er ist jetzt sechs, oder?", fragt Sachse auf Englisch. "Ja, im Dezember wird er sieben", antwortet Hanna. "Das heißt, er kommt jetzt in die erste Klasse?" – "Er sollte im September eingeschult werden. Aber Ende August hat das Schulamt angerufen und gesagt, die Schulen seien voll."

Zum Thema

Diskriminierung von Flüchtlingen

Unsere Flüchtlingspolitik ist solidarisch – und skrupellos

[<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/diskriminierung-gefluechtete-rassismus-ukraine-gleichbehandlung>]

Hanna und ihr Sohn Dima kommen aus Charkiw in der Ukraine, sie sind mit dem Zug über Polen geflohen, Ende März erreichten sie Berlin. Um sich zu registrieren, mussten sie nur ein Onlineformular des Landesamtes für Einwanderung (Lea) ausfüllen. Ihre ukrainischen Nachbarn fanden eine Privatwohnung, in die sie mit einziehen konnten. Sie meldeten ihren Wohnsitz an, einen Termin brauchten sie dafür nicht. In ihrem Pass heftet bereits der Aufenthaltstitel: "§24 Abs. 1", steht da vermerkt, "Erwerbstätigkeit erlaubt, Wohnsitznahme im Land Berlin erforderlich." Eine einzige gedruckte Zeile, auf die Moussa – wenn auch unter einem anderen Paragraphen – bis heute vergeblich wartet.

In einigen Punkten setzt sich die EU-Richtlinie sowohl vor geltendes deutsches Recht als auch vor völkerrechtliche Regelungen. So dürfen ukrainische Staatsangehörige zum Beispiel sofort arbeiten und sind nicht auf die Erlaubnis der Behörden angewiesen. Sie dürfen ihr Aufenthaltsland frei wählen und ohne Visum einreisen. Wer keinen Pass hat, bei dem wird aus humanitären Gründen eine Ausnahme gemacht. Zusätzlich hat die Kultusministerkonferenz erstmals beschlossen, dass auch Geflüchtete, die kein Abitur haben, sich für ein Studium in Deutschland bewerben können.

Doch so unbürokratisch ihre Ankunft auch war – die EU-Richtlinie räumt nicht jede Hürde aus dem Weg, die Hanna und ihrem Sohn die Ankunft erschwert. "Berlin ist voll", fasst es Sachse zusammen. "Die Stadt platzt aus allen Nähten." Statt also in einer der Willkommensklassen zu sitzen, die Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey geplant hat, nimmt Hannas Sohn an dem Onlineunterricht teil, den eine Lehrerin von Charkiw aus anbietet.

Auf dem Wohnungsmarkt sieht es nicht besser aus: Als die beiden im August aus der Privatwohnung ausziehen mussten, vermittelte die Sozialwohnhilfe sie an eine Notunterkunft. Hier teilen sie sich ein Zimmer mit einer weiteren Frau aus der Ukraine. Jetzt ist Hanna auf Wohnungssuche.

"Habt ihr schon den Wohnungsberechtigungsschein?", fragt Sachse.

"Ja, seit letzter Woche. Ich hatte auch schon eine Besichtigung, aber es waren noch mindestens 15 andere Leute da. Ich dachte, es wäre ein Witz."

"Ich schicke dir mal eine Seite mit Wohnungsangeboten. Hast du sonst noch Fragen?"

"Nein", sagt Hanna. "Wohnen und Schule sind unsere größten Probleme – wenn das geklärt ist, wird es einfacher."

Das Zukunftshaus im Wedding ist nicht die einzige Stelle, die Hanna unterstützt. Eine pensionierte Sozialarbeiterin hilft ihr ehrenamtlich, außerdem geht die Ukrainerin zweimal die Woche zu einer Beraterin des Jobcenters. "Viele Menschen helfen mir", sagt sie noch, bevor sie Sachses Büro verlässt. "Sonst wäre ich aufgeschmissen in der deutschen Bürokratie."

Der Vormittag ist vorbei. Sachse wirft die letzten Spielsachen in die Plastikbox. Nach Beratungsgesprächen wie heute schwankt sie zwischen der Freude über die schnelle Entscheidung und die klare Position der EU im Ukrainekrieg und dem Frust angesichts der langen Wartezeiten, mit denen Geflüchtete aus anderen Ländern rechnen müssen.

"Natürlich finde ich es wunderbar, dass Menschen, die vor dem Ukrainekrieg geflüchtet sind, hier so einfach Aufenthalt bekommen. Aber in anderen Ländern ist auch Krieg." Für die ukrainischen Staatsbürger habe die Richtlinie viel bewirkt, Deutschland habe all seine Ressourcen gebündelt, um den Geflüchteten die Ankunft zu erleichtern. Aber Sachse bezweifelt, dass die Entscheidung der EU den Weg ebnet für alle, die in Zukunft von Kriegen, Gewalt und Armut vertrieben werden. "Das ist ein Einzelfall", sagt sie. "Die Ukraine ist einfach näher dran." Und damit nimmt sich die Migrationsberaterin die nächste Akte vor.